

Die Aktiven Senioren freuen sich über jeden Leserbrief, den Sie unserem Webmaster schicken!
[>>Mail](#)

Terraineroberung im Namen Allahs

Carmen von Däniken

„In der Schweiz werden – wie auch in Europa – Moscheen gebaut mit dem Segen der Politik. Unwissend darüber, dass mit gewaltigen Finanzspritzen der Golfstaaten ein einziges Ziel verfolgt wird: Die Verbreitung eines ultrakonservativen Islams saudischer Prägung“. Saïda Keller-Messahlis Botschaft tönt unaufgeregt, wie das Erklären eines Kochrezeptes. Und doch ist der Inhalt von höchster Brisanz. Zur Zeit entstehe für 12 Mio. Franken in Mulhouse das grösste europäische Zentrum des Islams, finanziert durch Katar. Eine neue Moschee stehe in Volketswil, eine in Netstal Glarus, eine in Wil im Bau und in Frauenfeld sei bereits der Spatenstich für ein weiteres 4-Millionen-Projekt erfolgt. Es gehe den Golfstaaten laufend um Terraineroberung, wie zum Beispiel auch beim Bürgenstock-Resort.

Als 8-Jährige in der Schweiz

„Woher hat Frau Keller dieses Wissen?“ fragen sich die rund 100 Zuhörer des BPW¹-Anlasses vom letzten Dienstag. Die Erkenntnis kommt aus ihrer eigenen Geschichte: Sie ist 1957 als fünftes Kind einer Landarbeiterfamilie in Tunesien geboren. Der Vater blind. Das Geld knapp. Dank einem Projekt von Terres des Hommes kommt sie als Achtjährige in die Schweiz zu einer Pflegefamilie nach Grindelwald. Hier staunt sie über die protestantische und katholische Religion, denn Religion war in ihrer Familie in Tunesien selten ein Thema. Auch Verschleierungen und Kopftücher gab es nicht, ein Kopftuch sah man höchstens bei alten Frauen. Es war in der Zeit, als Habib Bourguiba eine laizistische Republik gründete, was soviel hiess, wie die Nichteinmischung religiöser Würdenträger in staatliche Belange. Laizistisch organisiert waren alle nordafrikanischen Staaten. Die Scharia wurde von Bourguiba abgeschafft und die Gleichberechtigung der Geschlechter im Gesetz festgeschrieben. „Tunesien führte das Frauenstimmrecht sogar 15 Jahre vor der Schweiz ein“, erklärt Frau Keller.

Doppelmoral im Flugzeug

Die überraschende Scheidung ihrer Gastfamilie in Grindelwald trifft Saïda schwer. Von einem Tag auf den andern muss sie ihre Koffer packen. Sie liebt die anfänglich bedrohlichen Berge und kämpft nun mit Sprachproblemen in der Heimat. Das Arabische hatte einem berndeutschen Dialekt Platz gemacht. Doch im Vordergrund steht einzig und allein: zurück in die Schweiz und studieren! Doch das Geld ist knapp. Sie heuert als Hostess bei einer saudischen Airline an. Hier lernt sie auch die Doppelmoral des nach salafistischen Grundregeln praktizierenden Islams kennen: „In der Flugzeugtoilette zogen die saudischen Frauen jeweils ihren „Stoff-Sack“ aus und kleideten sich nach westlicher Manier mit Minirock und Stiletto. Und die Männer deckten sich – trotz Alkoholverbot – mit Spirituosen ein.“ Doch diese Beobachtungen nimmt sie gelassen. Nach zwei Jahren hat sie genug Geld beisammen und startet ihr Jus-Studium in Zürich. Weitere Ausbildungen folgen. Sie heiratet und hat zwei Söhne. Der 9/11-Anschlag auf die Türme des World Trade Centers wie auch das Buch „Die Krankheit des Islam“ von [Abdelwahab Meddeb](#) rütteln sie wach: „Die Salafisten bekämpfen die Gesellschaft, deren Schutz sie geniessen!“

Mit Bestürzung muss Saïda Keller-Messahlis zusehen, wie der arabische Frühling in ihrer Heimat die Frauen in Nikabs kleidet und ihre Rechte beschneidet. Die stärkste politische Kraft wird die Muslimbruderschaft, die einen islamischen Staat mit islamischer Rechtsprechung, sprich Scharia anstrebt. Heute ist Tunesien seit der Revolution eine

parlamentarische Republik, die in etwa vergleichbar ist mit Bourguibas Gesetzgebung. Doch das demokratische Gefüge ist sehr fragil.

Brandgefährlich

„Der grosse Religionskampf wird im Moment innerhalb der islamischen Länder ausgetragen. Was im Westen ausgetragen wird, ist ein Kampf der Islamisten gegen die demokratische Gesellschaft“. Sie sei froh, dass nun der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg entschieden hat, dass Schwimmunterricht auch für muslimische Mädchen Pflicht sei, meint Saïda Keller-Messahli. Anfänglich habe sie die beiden konvertierten Figuren um den Islamischen Zentralrat (IZRS) Nicolas Blancho und Qassim Illi , belächelt. Sie seien aber brandgefährlich. Nicolas Blancho habe in Saudi Arabien studiert und spreche perfekt die Sprache. Was bedenklich sei, ist der Name „Islamischer Zentralrat“, denn auf Arabisch erhalte der Name eine ganz andere Dimension. Kein Wunder erhalten sämtliche islamistischen Beiträge in Europa grössere Beachtung im arabischen Raum. Sie erinnere sich vor allem an die deutsche Talkshow „Anne Wille“ mit der konvertierten Nora Illi im Nikab. Die ganze Sendung sei umgehend online mit arabischen Untertiteln platziert und Nora Illi in höchsten Tönen gelobt worden.

Saïda Keller-Messahlis grösstes Anliegen ist, dass ein Islamgesetz diskutiert und vor allem einmal artikuliert wird, was wir nicht mehr akzeptieren sollten, wie z.B. die Diskriminierung von Frauen, die Finanzierung und Fernsteuerung der 300 Moscheen vom Ausland, die Lies!-Stände der Salafisten, die radikalen Wanderprediger in den Moscheen, schlicht – die Verhinderung einer islamistischen Parallelgesellschaft.

¹ BPW, steht für Business & Professional Women und ist schweiz- und weltweit der bedeutendste Verband berufstätiger Frauen in verantwortungsvollen Positionen.

4. Nov. 2016

Steuererhöhung vors Volk

Heute setzt im Kanton Luzern der Kantonsrat den Steuerfuss fest. Dann besteht die Möglichkeit nach der Verabschiedung einer Steuererhöhung durch das Parlament das Referendum zu ergreifen. Das ganze Prozedere mit dem Sammeln der Unterschriften, der Publikation im Kantonsblatt usf. braucht viel Zeit. Dazu kommt, dass nach der Publikation im Kantonsblatt ca. ab Mitte Dezember und über die ganzen Feiertage und in gewissen Jahren sogar während der Fastnacht viel Zeit verstreicht , was die Wahrnehmung des demokratischen Rechts enorm erschwert.

Deshalb hat die SVP des Kanton Luzern mit über 4500 Unterschriften eine Kantonale Initiative

eingereicht: " **Steuererhöhung vors Volk**". Aber der Regierungsrat und alle Kantonalparteien außer der SVP sind gegen dieses Ansinnen. Man lässt sich vom Volk nicht gerne dreinreden und stemmt sich mit fadenscheinigen Argumenten dagegen. Dies trotzdem das auf anderen Ebenen zum Beispiel in den Gemeinden einwandfrei funktioniert. Ich denke das Volk ist Mündig und sehr wohl in der Lage über den Steuerfuss abzustimmen.

Darum liebe Stimmbürger, legen Sie am 27. November 2016 ein **Ja** in die Urne und bezeugen Sie damit, dass Sie mitbestimmen wollen, was mit Ihrem Geld geschieht.

Vinzenz Vogel, □ Ebikon

Sparen will niemand Ausgabe LUZ vom 3. Oktober

Und wer schaut zu den Versicherten?

Jürg Ackermann hat nur halb recht. Weder das Bundesamt (BAG), die Ärzte, Spitäler, noch die Krankenkassen wollen wirklich sparen. Aber die andere Hälfte, die Versicherten, die die jährlichen Prämien erhöhungen wohl oder übel berappen müssen, können nicht sparen. Meine Frau und ich haben Franchisen von je 2500 Franken. Das BAG hat tiefere Franchisen schon andiskutiert. Das hiesse, Krankheitskosten und -prämien in die Höhe zu treiben. Für Versicherte würde ein Bonus von 5 Prozent, wenn sie keine Leistung beanspruchen, das Sparen reizvoller gestalten. Raucher sollten 5 Prozent mehr Prämie zahlen; Personen mit einem BMI von 30 plus auch 5 Prozent mehr. Das wären einfache Massnahmen, die Sparen attraktiv machen. Es ist einfach: Das Verursacherprinzip sollte vermehrt funktionieren.

Alois Zoll, Meierskappel

7. Okt. 2016

Wir dürfen Brüsseler Bürokraten nicht wehtun

Ich habe noch nie eine Partei angegriffen, aber jetzt ist genug. Jetzt ist mir der Kragen geplatzt. Bei der FDP. Die Liberalen geht die Post ab. Die EU-Turbos wollen mit weissen Fahnen und Kniefall nach Brüssel. Es Schneider-Ammannelet, Burkhalteret, Markwalderet, Fluryet, Mülleret und Gösselet. Letztere war vor zehn Tagen in der „Arena“ mit Immernoch-Student und Politprofi Cédric Wermuth (SP) an einem Tisch mit gleichen Meinungen. Leider sind die FDP-ler nach links gerutscht und suchen dort um Hilfe. Daher will die FDP fremde Richter und offene Grenzen für alle. Vor 15 Jahren wurde die Swissair in den Ruin gebracht (Finanzminister Villiger). Die Schuldigen an dieser Misere wurden freigesprochen, und ihnen wurden noch Abfindungssummen nachgeworfen. Jetzt ist die „Wirtschaftspartei FDP“ drauf und dran, unsere Schweiz (Bürgerinnen und Bürger) zu grounden. Schlusspunkt: Leider gibt es heute immer mehr teuer gebildete Leute und immer weniger gescheite Leute. Trittst im Morgenrot daher. Brexit, es taget.

Seppi Schaller, Aktive Senioren Luzern, SVP Willisau

18. Sept. 2016

Totengräber der direkten Demokratie

Viele Bürger gehen nicht mehr an die Urne und begründen dies damit, dass viele Politiker in Bern sowieso machen was sie wollen. Leider gibt der Umsetzungsvorschlag der staatspolitischen Kommission des Nationalrates in Bezug auf die Masseneinwanderungsinitiative diesen recht. Trotzdem dass das Volk in der Initiative wortwörtlich "jährlichen Kontingente" für die Einwanderung verlangte, hat die Kommission dies in ihrem Umsetzungsvorschlag aufs sträflichste missachtet und damit den Volksentscheid mit Füßen getreten. Außer der SVP haben alle Parteivertreter diesen Verfassungsbruch unter Federführung der FDP mitgetragen. Damit hat die Missachtung von Volksentscheiden ein neues, noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht . Es ist erschütternd festzustellen, dass wir immer mehr statt in einer direkten in einer Scheindemokratie leben. Entscheide des Volkes werden nur umgesetzt, wenn es der "Mitte-links-Class-Politik" in Bern passt. Man kann für oder gegen die Masseneinwanderungsinitiative sein, aber dass sogenannte gewählte " Volksvertreter " einen klaren direktdemokratischen Volksentscheid , wissentlich und willentlich, missachten und verletzen ist mehr als beschämend für das Ansehen ihrer Ämter und der demokratischen Institutionen ! Hier sei wieder einmal an den Eid erinnert , welchen die angehenden National- und Ständeräte bei ihrem Amtsantritt ablegen. Ob diese Damen und Herren überhaupt noch wissen was sie mit Ihrem Eid bezeugen. **Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen die Verfassung und Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.**

Hier erübrigt sich jeder weitere Kommentar über diese angeblichen Volksvertreter.

Vinzenz Vogel ehem. SVP Präsident Ebikon

03.02.2016

Durchsetzungsinitiative

Was will diese Initiative? Sie will nichts anderes, als dass die am 28. Nov. 2010 von Volk und Ständen angenommene Volksinitiative so umgesetzt wird, wie verlangt und nicht so, wie der

abgelehnte Gegenvorschlag, der nun vom Parlament in Bern so in die Verfassung aufgenommen werden soll. Ich bin entsetzt über Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Alt-Bundesräte, die jetzt mit dicken Lügen dagegen opponieren. Ich würde mich schämen, so mit Wahrheiten umzugehen. Aber vermutlich ist das in den Kreisen opportun, dass, wenn man keine richtigen Argumente hat, man sich auf diese Art hilft. Und noch etwas erzürnt mich. Dass man sich derart für Verbrecher einsetzen kann und dabei die ehemaligen und zukünftigen Opfer vergisst. **Hoffentlich ist das Volk so schlau und erteilt den Gegnern eine gehörige Abfuhr indem es der Initiative mit einem kräftigen Ja zustimmt.**

Vinzenz Vogel

03.02.2016

Bringt die zweite Gotthardröhre mehr Verkehr ins Rontal?

Mit Lügen und Hypothesen wird von links-grüner Seite versucht, die Sanierung mittels Bau einer zweiten Röhre schlecht zu machen. Ja, da ist anscheinend jedes Mittel recht. Sicher ist, dass mit der zweiten Röhre etwas Nachhaltiges gemacht würde. Denn nach 30 Jahren kommt wieder eine Sanierung. D.h. wenn die zweite Röhre nicht gebaut wird, müssen die abgebauten Verladerampen wieder aufgebaut und abgebaut werden und das für viel Geld. Weiter wird behauptet, eine zweite Röhre bringe mehr Verkehr bis Luzern und ins Rontal. Diese hellseherischen Fähigkeiten sind aber zu bezweifeln; denn die Tunnel dürfen und werden nur einspurig befahren und das bringt nicht mehr Verkehr. Das kann wegen der Alpenschutzinitiative nicht geändert werden. Weder der Bundesrat noch die EU können da etwas anderes verlangen. Um die Tunnel zweispurig zu befahren, müsste in einer Volksabstimmung darüber entschieden werden. Und dass diese angenommen würde, ist sehr zu bezweifeln. Aber was meiner Ansicht nach das Wichtigste ist, das ist und bleibt die Sicherheit im 17 km langen Tunnel. Wer hat nicht schon ein Klemmen in der Magengegend gespürt, wenn so ein grosser Brummer im Tunnel entgegen kommt? **Daher gibt es nur eine vernünftige und nachhaltige Lösung, und das ist ein Ja in die Urne zu legen für eine zweite Tunnelröhre.**

Vinzenz Vogel